

## 1 Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH (nachfolgend PD) hat ihren Sitz in Berlin und ist in das Handelsregister beim Amtsgericht Charlottenburg (Reg.Nr. HRB 182217 B) eingetragen.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs aufgestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Aufgrund der Regelungen im Gesellschaftsvertrag stellt die Gesellschaft den Jahresabschluss wie eine große Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Abs. 3 HGB auf.

## 2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Im Einzelnen werden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden unverändert angewendet:

Die Saldenvorträge zum 1. Januar 2017 entsprechen den Ansätzen in der Bilanz zum 31. Dezember 2016, so dass die Bilanzidentität gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 1 HGB gewahrt ist.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgt nach dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Die in der Bilanz ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden werden einzeln bewertet (§ 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB).

Das Realisationsprinzip bzw. das Imparitätsprinzip sowie der Grundsatz der Vorsicht werden beachtet (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB).

Entgeltlich von Dritten erworbene **Immaterielle Vermögensgegenstände** des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten aktiviert und ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer entsprechend linear, im Zugangsjahr zeitanteilig, abgeschrieben. Dabei werden entgeltlich erworbene EDV Programme über eine betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von drei Jahren abgeschrieben. Eine Ausnahme bilden die EDV Programme mit Anschaffungskosten unter EUR 150; diese werden sofort in voller Höhe aufwandswirksam erfasst. Entgeltlich erworbene Lizenzen unterliegen einer Nutzungsdauer von fünf Jahren. Soweit die beizulegenden Werte einzelner immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens ihren Buchwert unterschreiten, werden zusätzlich außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen.

**Sachanlagen** sind mit den Anschaffungskosten, abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens erfolgen grundsätzlich zeitanteilig. Büroeinrichtung unterliegt einer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von 5 bis 13 Jahren. EDV Equipment wird über drei Jahre abgeschrieben. Soweit die beizulegenden Werte einzelner Vermögensgegenstände ihren Buchwert unterschreiten, werden zusätzlich außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen.

**Geringwertige Anlagegüter** des Anlagevermögens werden im Geschäftsjahr der Anschaffung in voller Höhe als Aufwand erfasst, wenn die Anschaffungskosten, vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag, für das einzelne Anlagegut im Bereich von EUR 150 bis EUR 410 liegen.

Die unter den **Finanzanlagen** ausgewiesenen Schuldscheindarlehen werden mit ihrem Nennbetrag angesetzt. Die Zuordnung zum Anlagevermögen erfolgt bei der sicheren Absicht, die Papiere bis zur Endfälligkeit zu halten und damit die Mittel dauerhaft anzulegen.

Die **unfertigen Leistungen** werden zu Herstellungskosten bewertet. Dabei wird das Prinzip der verlustfreien Bewertung für die jeweiligen Aufträge beachtet. Die Herstellungskosten umfassen die aktivierungspflichtigen Bestandteile des § 255 Abs. 2 HGB sowie einen angemessenen Teil der Verwaltungskosten.

Die **Forderungen** und **sonstigen Vermögensgegenstände** werden mit ihrem Nennbetrag angesetzt. Dem allgemeinen Ausfall- und Kreditrisiko wird durch eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 0,3 % (Vorjahr 1%) Rechnung getragen. Da die Forderungen gegen öffentliche Auftraggeber bestehen und in den Vorjahren keine Zahlungsausfälle zu verzeichnen waren, wurde die Pauschalwertberichtigung auf 0,3 % gesenkt.

Der **Kassenbestand** und die **Guthaben bei Kreditinstituten** sind zum Nennbetrag angesetzt. Zum Bilanzstichtag noch nicht ausgezahlte Zinsansprüche werden abgegrenzt.

Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** sind Auszahlungen vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.

Das **Stammkapital** stimmt mit den Angaben im Handelsregister überein. Das Stammkapital und die **Kapitalrücklage** werden zum Nennbetrag angesetzt.

Die **Steuerrückstellungen** umfassen alle ungewissen Steuerschulden und werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten und werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um zukünftige Zahlungsverpflichtungen abzudecken. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden, unter Berücksichtigung des von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten, durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen sieben Geschäftsjahre, abgezinst und mit ihrem Barwert ausgewiesen.

Die **erhaltenen Anzahlungen** werden zum Nennbetrag angesetzt.

Sämtliche **Verbindlichkeiten** werden jeweils mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die Berechnung der **latenten Steuern** beruht auf den temporären Unterschieden zwischen den Bilanzposten aus handelsrechtlicher und steuerrechtlicher Sicht. Es bestehen im Wesentlichen aktive latente Steuern, die auf die sonstigen Rückstellungen entfallen. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgte auf Basis der zum Bilanzstichtag geltenden Steuersätze. Unter Berücksichtigung eines Körperschaftsteuersatzes von 15 % zzgl. Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer ergibt sich ein effektiver Steuersatz von rd. 30 %.

Die Gesellschaft macht von dem Aktivierungswahlrecht des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB keinen Gebrauch, so dass ein Ansatz der aktiven latenten Steuern in der Bilanz unterbleibt.

Die PD ist von der Bundesrepublik Deutschland (Mehrheitsgesellschafterin) als herrschendes Unternehmen abhängig. In die Davon Vermerke "verbundene Unternehmen" der einzelnen Bilanzpositionen wurden alle Forderungen/Verbindlichkeiten gegen das herrschende Unternehmen (Bundesrepublik Deutschland) und mit den ihr verbundenen Unternehmen einbezogen.

### 3 Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und der Gewinn und Verlustrechnung

Die Entwicklung der in der Bilanz erfassten Anlagegegenstände im Jahre 2017 ist im Anlagenspiegel (Anlage 1 zum Anhang) dargestellt.

Die **unfertigen Leistungen** beinhalten noch nicht vollständig erbrachte Beratungsleistungen.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** beinhalten Forderungen aus erbrachten Beratungsleistungen. Diese Forderungen bestehen in Höhe von TEUR 5.038 (Vorjahr: TEUR 2.392) gegen verbundene Unternehmen und in Höhe von TEUR 7.292 gegen Gesellschafter (Vorjahr: TEUR 2.140). Sämtliche Forderungen sind innerhalb eines Jahres fällig.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** betreffen im Wesentlichen die gezahlten Mietkautionen für die Geschäftsräume in Berlin und Düsseldorf (TEUR 251). Die Restlaufzeit von über einem Jahr beträgt TEUR 227.

In dem **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind im Wesentlichen die Aufwendungen für Haftpflichtversicherung (TEUR 42) sowie ein Überwachungssystem für IT Sicherheit (TEUR 42) enthalten.

Eigenkapital: Das im Handelsregister eingetragene und voll eingezahlte Stammkapital von EUR 1.770.000,00 ist aufgeteilt in 17.700 Geschäftsanteile.

	Stand 1.1.2017 EURO	Jahresüberschuss 2017 EURO	Jahresüberschuss 2016 EURO	Stand 31.12.2017 EURO
Stammkapital	1.770.000,00	0,00	0,00	1.770.000,00
Nennbetrag eigener Anteile	-768.000,00	0,00	0,00	-768.000,00
Kapitalrücklagen	3.608.072,63	0,00	0,00	3.608.072,63
Gewinnrücklagen	1.063.846,69	0,00	661.776,11	1.725.622,80
Jahresüberschuss	1.323.552,22	2.838.302,36	-1.323.552,221	2.838.302,36
<b>Eigenkapital</b>	<b>6.997.471,54</b>	<b>2.838.302,36</b>	<b>-661.776,11</b>	<b>9.173.997,79</b>

Es wurde beschlossen, den Jahresüberschuss 2016 in Höhe von EUR 1.323.552,22 zu gleichen Teilen auszusütten und den anderen Gewinnrücklagen zuzuführen.

Die **sonstigen Rückstellungen** setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2017 EURO	31.12.2016 EURO
Rückstellungen für Tantiemen	951.658,99	666.026,20
Rückstellungen für ausstehende Rechnungen von Fremdleistungen	879.563,34	381.164,69
Rückstellungen für sonstige Personalkosten	674.920,01	215.330,02
Rückstellungen für drohende Verluste	59.500,00	0,00
Rückstellungen für Jahresabschluss und Prüfung	50.600,00	47.500,00
Rückstellungen zur Erfüllung der Aufbewahrungspflichten	44.800,00	32.800,00
Sonstige	97.954,41	243.740,60
<b>Summe</b>	<b>2.758.996,75</b>	<b>1.586.561,51</b>

Mit Ausnahme der Rückstellung zur Erfüllung der Aufbewahrungspflichten (TEUR 45) sowie Teilbeträgen der Tantiemen (TEUR 312) sind alle Rückstellungen kurzfristig und innerhalb eines Jahres fällig.

Zum Bilanzstichtag bestehen bei den erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen **Verbindlichkeiten** gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 516 (Vorjahr: TEUR 621) und gegenüber Gesellschafter in Höhe von TEUR 516 (Vorjahr: TEUR 321).

Die **Umsatzerlöse** werden im Wesentlichen durch im Inland erbrachte Beratungsleistungen erzielt. Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 272 (Vorjahr: TEUR 5) wurden im europäischen Ausland erbracht. Außerdem wurden TEUR 3 (Vorjahr: TEUR 4) durch Dienstleistungen an Mitarbeiter erzielt.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** beinhalten im Wesentlichen periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 85 (Vorjahr: TEUR 37).

Die **sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge** beinhalten im Wesentlichen die Zinsen für Schuldscheindarlehen (TEUR 37).

## 4 Sonstige Angaben

Für die bei der PD beschäftigten beurlaubten Beamten übernimmt der jeweilige bisherige Dienstherr (z. B. das Bundesministerium für Finanzen) eine sog. Nachversicherungsgarantie auch für die während der Beurlaubungszeit erzielte Arbeitsentgelt.

Voraussetzung dafür ist, dass die PD in vollem Umfang die Kosten einer eventuellen späteren Nachversicherung für die Zeit der Beurlaubung einschließlich der Mehrkosten trägt, die sich aus einem eventuell höheren Beitragssatz (§ 181 Abs. 4 SGB VI) und der Dynamisierung der Entgelte (§ 181 Abs. 4 SGB VI) ergibt. Eine solche Erklärung zur Übernahme der Kosten in vollem Umfang hat die PD gegenüber den jeweiligen Mitarbeitern (beurlaubten Beamten) abgegeben.

Allerdings wird diese Pflicht zur Kostenübernahme nur in dem sehr unwahrscheinlichen Fall des späteren i. S. d. § 8 SGB VI "unversorgten" Ausscheidens des beurlaubten Beamten aus dem Beamtenverhältnis entstehen. "Unversorgtes Ausscheiden" i. S. dieser Vorschrift setzt voraus, dass der Beamte gegen seinen Willen entlassen wird, wofür wiederum ein Disziplinarverfahren bzw. eine rechtskräftige Verurteilung wegen einer

vorsätzlichen Straftat zu Freiheitsentzug von (im Regelfall) zwölf Monaten oder mehr Voraussetzung ist. Vom Vorliegen dieser Voraussetzungen ist im Fall der bei der Gesellschaft beschäftigten beurlaubten Beamten grundsätzlich nicht auszugehen, so dass im Ergebnis auch der Eintritt der Pflicht zur Kostenübernahme mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen ist.

Seit Dezember 2016 liegt die Gesellschaft zu 100 % in den Händen öffentlicher Gesellschafter. Gesellschafter der PD sind ausschließlich Körperschaften der öffentlichen Hand oder deren Einrichtungen. Den Gesellschaftern der PD steht die Möglichkeit der Inhouse Vergabe ebenso wie den ihnen unterstellten und nachgeordneten Behörden und Institutionen offen. Die PD kann damit weiterhin ohne Ausschreibung durch öffentliche Auftraggeber beauftragt werden (vergabefreie Beauftragung nach § 108 GWB). Gesellschafter können die PD für ein breites und umfassendes Portfolio an Beratungsfeldern beauftragen und die Beratung der PD zu und in allen Projektphasen in Anspruch nehmen. Die Zusammenarbeit zwischen der PD und ihren Gesellschaftern ist in der im Dezember 2016 geschlossenen Eckpunktevereinbarung geregelt, die das Leistungsangebot und das Vergütungsmodell regelt.

Darüber hinaus ist die PD für öffentliche Auftraggeber tätig, die nicht Gesellschafter und damit Zeichner Eckpunktevereinbarung sind. Geschäfte innerhalb und außerhalb der Eckpunktevereinbarung wurden und werden zu den marktüblichen Konditionen der Eckpunktevereinbarung abgewickelt.

Die PD unterhält zur Bundesrepublik Deutschland (Mehrheitsgesellschafterin), welche als verbundenes Unternehmen i. S. d. Rechnungslegungsvorschriften zu qualifizieren ist, nur Geschäftsbeziehungen im Rahmen ihrer gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Das bedeutet, zwischen der GmbH und den jeweiligen Ressorts der Bundesrepublik Deutschland wurden und werden Verträge zu den oben beschriebenen marktüblichen Konditionen der Eckpunktevereinbarung geschlossen und die vereinbarten Leistungen erbracht.

Zum 31. Dezember 2017 bestehen für die Finanzlage wesentliche **finanzielle Verpflichtungen** in Höhe von TEUR 5.657; 2018 sind davon TEUR 1.166 zu leisten. Diese resultieren im Wesentlichen aus dem Mietvertrag der Geschäftsräume in Berlin (TEUR 4.173).

Die PD hat während des Geschäftsjahres ohne die Geschäftsführer durchschnittlich 105 Arbeitnehmer (Vorjahr 52) beschäftigt.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Geschäftsjahr wie folgt zusammen:

- Gatzer, Werner – Vorsitzender des Aufsichtsrats – Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Berlin
- Bernhardt, Otto – stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats –, Unternehmensberater Otto Bernhardt Politik und Unternehmensberatung, Berlin
- Adler, Gunther – Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
- Becher, Gerhard – Vorsitzender des Beirats der Becher GmbH & Co. KG, Kronberg
- Gleicke, Dr.-Iris – Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin (seit 22. Februar 2017)
- Göppert, Verena – Deutscher Städtetag, Ständige Stellvertreterin des Hauptgeschäftsführers, Berlin
- Hansmann, Prof. Dr. Marc – enercity, Vorstand der Stadtwerke Hannover AG, Hannover
- Offermann, Jens Markus – Leiter PPP Kompetenzzentrum im Hessischen Ministerium der Finanzen, Wiesbaden
- Suder, Dr. Katrin – Staatssekretärin im Bundesministerium der Verteidigung, Berlin

- Zypries, Brigitte – Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin (bis 26. Januar 2017)

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats für 2017 betragen TEUR ~~2932~~ (siehe Anlage 2 zum Anhang).

Im Geschäftsjahr 2017 erfolgt die Geschäftsführung durch die Geschäftsführer:

- Herrn Stéphane Beemelmans, Jurist, Radebeul
- Herrn Bernward Kulle, Rechtsanwalt und Dipl. Volkswirt, Berlin (bis 31. August 2017)
- Herrn Claus Wechselmann, Kommunikationswissenschaftler, Berlin

Neben der Führung des Gesamtunternehmens zeichnet Herr Claus Wechselmann für den Bereich strategische Verwaltungsmodernisierung und für die Bereiche Personal, Investor-Relations, Marketing/ Kommunikation und Herr Stéphane Beemelmans für die Bereiche Bundesbau, Kommunalberatung, Länderberatung und Gesundheitswesen sowie Finanzen, Recht, IT, Organisation verantwortlich.

Für die Tätigkeiten im Geschäftsjahr 2017 wurden an die Geschäftsführung Bezüge in Höhe von EUR 875.184,32 und an ehemalige Mitglieder von EUR 21.833,33 ausgezahlt (siehe Anlage 3 zum Anhang). Weiterhin werden für Tantiemeansprüche der Geschäftsführung EUR 79.635,80 den sonstigen Rückstellungen zugeführt.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben eine Entsprechenserklärung nach dem Public Corporate Governance Kodex des Bundes für das Geschäftsjahr 2016 abgegeben und auf der Internetseite der Gesellschaft ([www.pd-g.de](http://www.pd-g.de)) dauerhaft öffentlich zugänglich gemacht. Für das Geschäftsjahr 2017 wird eine Entsprechenserklärung abgegeben.

Der Beirat erhält keine Bezüge.

Das Honorar des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2017 beträgt TEUR 18 für Abschlussprüferleistungen und TEUR 2 für sonstige Bestätigungsleistungen.

## 5 Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die PD Berater der öffentlichen Hand GmbH sind nach Abschluss des Berichtszeitraums nicht eingetreten.

## 6 Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss 2017 in Höhe von EUR 2.838.302,36 in die Gewinnrücklage einzustellen.

Berlin, den 15. März 2018

PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH, Berlin

Stéphane Beemelmans  
Geschäftsführer

Claus Wechselmann  
Geschäftsführer

## Aufstellung der Gesamtbezüge 2017 des Aufsichtsrates

<b>Mitglied des Aufsichtsrates</b>	<b>feste Vergütung TEUR</b>
Werner Gatzer	3,6
Otto Bernhardt	3,6
Gunther Adler	3,6
Gerhard Becher	3,6
Iris Gleicke	Verzicht
Verena Göppert	3,6
Prof. Dr. Marc Hansmann	3,6
Jens-Markus Offermann	3,6
Dr. Katrin Suder	3,6
Brigitte Zypries	Verzicht
	<b>28,8</b>

## Aufstellung der Gesamtbezüge 2017 der Geschäftsführung und ehemaliger Organmitglieder

	feste Vergütung  TEUR	Bezüge im Zusammenhang mit der vorzeitigen Beendigung der Tätigkeit  TEUR	Variable Vergütung auf Basis einer Zielvereinbarung		Nebenleistungen  TEUR	Gesamt  TEUR
			kurzfristige Anreizwirkung TEUR	langfristige Anreizwirkung TEUR		
<b>Mitglieder der Geschäftsführung</b>						
Stéphane	220,0	0,0	2,5	0,0	10,7	<b>233,2</b>
Bernward Kulle	154,7	83,3 *	19,8	95,0 **	12,0	<b>364,8</b>
Claus Wechselmann	222,4	0,0	19,8	23,0	12,0	<b>277,2</b>
<b>Summe</b>	<b>597,1</b>	<b>83,3</b>	<b>42,1</b>	<b>118,0</b>	<b>34,7</b>	<b>875,2</b>
<b>Bezüge ehemaliger Organmitglieder (Geschäftsführung)</b>						
Jürgen Streeck	0,0	21,8 *	0,0	0,0	0,0	<b>21,8</b>
<b>Summe</b>	<b>0,0</b>	<b>21,8</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>21,8</b>

\* Die angegebenen Werte umfassen die Fortzahlung der Vergütung bis zum ursprünglichen regulären Ende der Organtätigkeit. Es wurden keine Abfindungen gewährt.

\*\* umfasst mehrere Jahre